

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badener Tagblatt. 1896-1948 1947**

34 (30.4.1947)

# BADENER TAGBLATT



Erscheint mittwochs und samstags — Bezugspreis: Monatlich 1.20 RM, durch die Post 1.44 RM, durch Streifband 3 RM  
Geschäftsstelle Bühl/Bd.: Hauptstraße 80, Telefon 752

Anschrift: Baden-Baden, Stefaniestraße 3 — Fernruf  
Verlag 15 56, Schriftleitung 21 20, Postcheck Karlsruhe 14 137  
Geschäftsstelle Achern/Bd.: Hauptstraße 112

Nr. 34 / 3. JAHRGANG

BADEN-BADEN, MITTWOCH, DEN 30. APRIL 1947

PREIS 15 PFENNIG

## Völkerverständigung und Weltfrieden

### Die Forderung der Werktätigen in der ganzen Welt am 1. Mai

BADEN-BADEN — 1. Mai 1945: Die Unterdrückung der persönlichen Freiheit und des Menschentums hat aufgehört. Hatte doch der Rundfunk der Siegermächte immer und immer wieder verkündet, daß der Kampf gegen den Nationalsozialismus und der Sieg über denselben Freiheit und Demokratie für alle bedeuten würde. Deshalb regte sich in den Kreisen der werktätigen Bevölkerung und besonders der ehemaligen Gewerkschaftler die Hoffnung, daß nach dem Kriegsende wieder ein Aufstieg möglich sei. Die Botschaft General Eisenhowers über eine baldige Wiedergeburt der Gewerkschaften sollte den Auftakt dazu geben.

Dann 1. Mai 1946: Die ersten Hoffnungen waren zwar nicht in Erfüllung gegangen. Not und Entbehrung lasteten schwer auf der Bevölkerung. In den Reihen der Schaffenden fehlten noch so viele der früheren Kameraden, die draußen gefallen oder zu Millionen als Kriegsgefangene zum Aufbau der zerstörten Gebiete zurückgehalten waren.

Und nun 1. Mai 1947: Nicht leichter ist die Last geworden. Schwierigkeiten in der Ernährung, Mangel an Notwendigsten für den Lebensbedarf, Mißtrauen gegen die neue Demokratie, immer noch Millionen von Familien ohne den Vater, den Bruder, den Sohn oder den Bräutigam. — Aber darum und trotz alledem: Feier des 1. Mai! War dieser Tag doch seit dem Jahre 1889 immer der Tag der Hoffnung für die große Masse der Arbeitenden in der ganzen Welt. Besserung der wirtschaftlichen Lage durch Erlangung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen, achtstündige Arbeitszeit und Gleichberechtigung der Arbeitenden auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet, das waren die Forderungen der Schaffenden in der ganzen Welt. Und dann als wichtigste Forde-

rung: Völkerverständigung und Weltfrieden. Gerade sie wird als die Grundlage dafür angesehen, auf internationalem Wege die Lage der Schaffenden zu heben und die Fortsetzung der Kapitalgewinnung aus Blut und Eisen zu verhindern.

Zum achtundfünfzigsten Male erheben die Massen der Werktätigen in der ganzen Welt an diesem 1. Mai erneut die Forderung auf Völkerverständigung. Einen wahren Weltfrieden, der die Völker zu einer großen Menschheitsfamilie vereint, erhoffen die Werktätigen aller Länder. Nur wenn die Gefahr eines neuen Krieges für immer gebannt ist, wird es möglich sein, den Aufstieg aller Schaffenden zu gleichberechtigten Gliedern der menschlichen Gesellschaft zu sichern und ihnen den Anteil der von ihnen produzierten Güter zukommen zu lassen, auf welchen sie mit Recht Anspruch erheben. Nicht Milliarden Ausgaben für Kriegsrüstungen und Zerstörung, sondern für die wirtschaftliche und kulturelle Hebung der Arbeitenden in der ganzen Welt.

An diesem Tage gedenken die Schaffenden Deutschlands aber auch mit freudiger Genugtuung ihrer wiedererstandenen Gewerkschaftsbewegung. Es hat sich die alte Überzeugung bewährt: Staatsformen können zerbrechen, Parlamente aufgelöst und Regierungen davongejagt werden — aber was nicht aufgelöst und nicht davongejagt werden kann, das ewig Bleibende, das ist das arbeitende deutsche Volk.

An diesem 1. Mai demonstrieren die Gewerkschaften in Deutschland, vereint mit den Millionen Schaffender im Weltgewerkschaftsbund, den Frieden der Welt und die Eintracht der Völker.

P. Kappes.

## Weltgewerkschaftsbund an die Arbeiter aller Länder

PARIS — Zum ersten Mai richtet der Weltgewerkschaftsbund an alle Arbeiter in der ganzen Welt einen Appell.

Der Weltgewerkschaftsbund wurde unmittelbar nach dem Siege der Alliierten gegründet. In ihm hat sich bis jetzt der weitaus größte Teil aller Hand- und Kopfarbeiter der ganzen Welt zusammengeschlossen. Der Einfluß des W.G.B. ist in ständigem Wachsen begriffen, und die Rolle, die er spielt, gewinnt immer mehr an Bedeutung, obwohl der W.G.B. in der Organisation der Vereinten Nationen auf zahlreiche Hindernisse gestoßen ist. Der W.G.B. hat sich bei den Vereinten Nationen dafür eingesetzt, daß die entsprechenden Voraussetzungen für eine Stabilisierung des Friedens und für die Verteidigung der Interessen der Arbeitermassen geschaffen werden.

Anlaßlich des 1. Mai fordert der W.G.B. alle ihm angeschlossenen Organisationen auf, alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel im Kampf gegen die Reaktion einzusetzen, um eine hundertprozentige Verteidigung der legitimen Interessen und Rechte der Arbeiter zu gewährleisten. Außerdem fordert der W.G.B. diese Organisationen auf, die Anwendung folgender Prinzipien zu verlangen:

- 1) Ende der Ausbeutung der Arbeiterschaft und der sozialen und wirtschaftlichen Diskriminierung in allen auftretenden Formen.
- 2) Übereinstimmung von Lohn und Arbeit.
- 3) Rede-, Versammlungs-, Presse- und Vereinsfreiheit.
- 4) Wirkliche Entnazifizierung Deutschlands und Demokratisierung Japans.
- 5) Kampf gegen jede Form von Faschismus.

Zum Abschluß dieser Proklamation wird an alle Arbeiter ein Appell gerichtet, sich den 71 Millionen Mitgliedern des W.G.B. anzuschließen, die für die Demokratie und für den Frieden kämpfen.

## Badisches Betriebsrätegesetz in Vorbereitung

### Badischer Gewerkschaftsbund für volles Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte

BADEN-BADEN — Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrecht in der gesamten Wirtschaft ist eine Forderung, die an diesem 1. Mai von den Gewerkschaften als Vertretung der großen Masse der werktätigen Bevölkerung mit allem Nachdruck erhoben wird.

Wenn nun nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes die Ankündigung der Alliierten, Betriebsräte wie früher zuzulassen, von den Werktätigen mit großer Begeisterung aufgenommen worden ist, ist das verständlich. Am 10. April 1946 hat der Kontrollrat in Berlin das gegebene Versprechen in die Tat umgesetzt und ein Betriebsrätegesetz erlassen, das in insgesamt 13 Artikeln den Aufgabenkreis der zu wählenden Betriebsräte festlegte. Auf Grund dieses Gesetzes wurden dann in der französischen Zone des Landes Baden vom Arbeitsministerium eine Anordnung und eine Wahlordnung erlassen, die am 13. Sept. 1946 in Kraft trat. Zum ersten Mal nach 14 Jahren haben die Arbeitnehmer der in Frage kommenden Betriebe das Recht, sich ihre Betriebsvertretung nach demokratischen Grundsätzen selbst zu wählen. Von diesem Recht wurde in weit über 700 Betrieben Gebrauch gemacht und annähernd 3000 gewählte Betriebsratsmitglieder üben jetzt ihre Funktionen aus. Um denselben aber das nötige Rüstzeug dazu in die Hand zu geben, haben die zuständigen Stellen zu den Bestimmungen des Kontrollratsgesetzes vom 10. April 1946 noch die meisten Paragraphen des Betriebsrätegesetzes vom 4. Febr. 1920 wieder in Kraft gesetzt, die nun als eine Art Ausführungsbestimmungen dienen. Es ist dadurch zum großen Teil der Zustand auf dem Gebiet des Betriebsräte-

wesens wieder hergestellt, wie er bis zur Machtergreifung Hitlers bestand, jedoch mit einer Reihe Einschränkungen. So ist die Wahl von Betriebsvertretungen bis jetzt bloß in den Betrieben mit mindestens 20 Beschäftigten möglich, während früher in den Betrieben von 5 bis 20 Beschäftigten ein Betriebsobmann gewählt werden konnte, der in gewissem Umfang die Rechte besaß, wie in anderen Betrieben der Betriebsrat. Weiter ist auch bis jetzt in den Verwaltungen und Behörden, die keine wirtschaftlichen Zwecke verfolgen, die Wahl einer ordnungsgemäßen Betriebsvertretung noch nicht möglich.

Es ist aber damit zu rechnen, daß in absehbarer Zeit eine Regelung erfolgt, die auch diesen Wünschen Rechnung trägt. Der Bundesvorstand des Badischen Gewerkschaftsbundes läßt nun zur Zeit durch eine Kommission einen Entwurf für ein Betriebsrätegesetz ausarbeiten, das den gewerkschaftlichen Forderungen in weitgehendem Maße Rechnung tragen soll. Es wird dann Sache des am 18. Mai zu wählenden Badischen Landtages sein, einem neuen Betriebsrätegesetz seine Zustimmung zu geben, welches die Wirtschaftsdemokratie und das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bei der Leitung der Betriebe gesetzlich verankert. Bei den Maßnahmbestimmungen wird diese Forderung sicher eine große Rolle spielen.

Ehe aber diese neue gesetzliche Regelung in die Tat umgesetzt werden kann, haben die Betriebsräte die Pflicht, im Rahmen der jetzt gültigen Bestimmungen vorläufig ihre Aufgaben zu erfüllen. Das Betriebsrätegesetz des Kontrollrates bietet dazu im Zusammenhang mit den wieder in Kraft

zu sagen beliebte? Die Vertreter des 1. Mai-Gedankens und damit die Befürworter des Weltfriedens sowie des Volkswohltandes, oder die Vertreter der kapitalistisch-militaristischen Gesellschaftsordnung? Wieviel Menschen waren es doch, welche immer mit einem gewissen Hohnlächeln den 1. Mai-Demonstranten begegneten? Sie hielten sich besonders weise in ihrem Lächeln und Spötteln. In der ganzen Welt waren solche Menschen zu beobachten.

Es waren etliche der sogenannten Intellektuellen, die im vermeintlichen Sonnenschein des Kapitalismus wandeln wollen. Gewiß gab es auch Ausnahmen, doch sie waren in der Minderheit. Damit soll gesagt sein, daß ein Teil der sogenannten geistigen Elite international gleichstimmig dem 1. Mai und seiner grundlegenden Forderung verneinend gegenüber stand, ja aktiv gegen die Forderungen des 1. Mai's und den 1. Mai-Demonstranten in Wort und Schrift entgegentrat. Heute noch versucht

man mit einem Teil der sogenannten Intellektuellen die bestehende Gesellschaftsordnung möglichst auf lange Sicht zu erhalten, obwohl diese längst morsch in den untersten Grundtagen erschüttert ist. Die These dieser Gruppe von Intellektuellen lautet: Bei möglichst geringem Aufwand die höchstmöglichen Gewinne zu erzielen. Hierbei werden die ungezählten Opfer, welche diese Gewinne erarbeiten, aber nicht selbst verwerten dürfen, bewußt übersehen. Ja, man spielt sich sogar diesen Opfern gegenüber als deren sozialhandelnder Brotgeber auf. In Wirklichkeit aber bringt man die Schaffenden um den Segen ihrer Arbeit.

Mit der offenen oder getarnten Befürwortung des Rechtes auf Ausbeutung, Krieg, Vernichtung und Chaos muß es für immer aus sein! Unschwer wird jeder Leser selbst die richtige Antwort finden. Daß die Menschen, um zu leben, ihre Pflicht an der menschlichen Gesellschaft durch den vollen Einsatz ihres persönlichen Könnens zu erfüllen haben,

gesetzten Bestimmungen des alten deutschen Betriebsrätegesetzes die geeignete Handhabe. Um die Betriebsräte mit diesen gesetzlichen Unterlagen für ihre Tätigkeit vertraut zu machen, wurde von dem Badischen Gewerkschaftsbund eine Zusammenfassung aller zur Zeit gültigen Bestimmungen herausgegeben. Dazu aber auch ein Entwurf für die nach dem Kontrollratsgesetz mit den Arbeitgebern abzuschließenden Betriebsvereinbarungen. Durch diese soll die Wirtschaftsdemokratie auf Grund freier Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Betriebsvertretung auf gleichberechtigter Basis in die Tat umgesetzt werden. In Baden gibt es bereits eine Reihe von Unternehmungen, in denen das jetzt schon der Fall ist. Beide Teile stellen mit Genugtuung fest, wie günstig sich dieses Miteinanderarbeiten für das Gedeihen des Betriebes und damit für die in ihm Beschäftigten auswirkt.

## Flügelrad in Baden

### Wiederaufbau der Eisenbahngewerkschaft beendet

BADEN-BADEN — Gerade zwei Jahre sind es jetzt her, da nach dem endgültigen Zusammenbruch Deutschlands Männer der früheren Eisenbahngewerkschaft wieder beginnen konnten, ihre gewerkschaftlichen Einrichtungen von neuem zu errichten. Viel Mut, Energie und Idealismus gehörten dazu, aus dem Wirrwarr die noch gebrauchsfähigen Bausteine zusammenzulesen, um damit den Neuaufbau zu beginnen.

Denn es war doch in der Tat nichts mehr vorhanden, was man hätte als ordnungsgemäßes Ganzes ansprechen können. Alle lebensnotwendigen Organe lagen darnieder, der Impuls des Verkehrs war abgedrosselt und damit die Grundlage für ein Weiterbestehen des am Boden liegenden Körpers entzogen. Daher galt es als eine der wesentlichsten Voraussetzungen, um die Wirtschaft in ihrer Produktion wenigstens etwas zu beleben und die Ernährungsbasis zu heben, die Verkehrseinrichtungen wieder in Gang zu bringen. Mit viel Mühe und weiblickender Umsicht der Eisenbahner wurde nach und nach erreicht, daß die Räder wieder anrollen und lebenswichtige Güter befördern konnten.

Schon im August 1945 wurde die Genehmigung zur vorläufigen gewerkschaftlichen Zusammenfassung der Eisenbahner von der Militärbehörde erteilt. Diese Erlaubniserteilung bot zunächst einen Spielraum zu einer sich rasch steigernden Betätigung, die sich für die Anfänge des Aufbaues als sehr fruchtbar erwies, bis dann kurz darauf der Erlaubnis zur Gründung der Einheitsgewerkschaft der Eisenbahner stattgegeben wurde.

Neben der Erfassung aller Eisenbahner zur Mitgliedschaft begann der organisatorische Aufbau dieser Gewerkschaft, der in seinen Grundzügen durch lückenlose Angliederung von Ortsvereinigungen vollendet wurde. Bereits ein Jahr nach diesen Anfängen konnte man in Offenburg die erste Verbandstagung abhalten, auf der die Gewerkschaftsleitung Aufschluß gab über ihre Arbeitsgebiete und über die zu erreichenden Ziele. Fragen arbeits- und beamtenrechtlicher Art, über soziale Versicherungen und spezielle Berufsangelegenheiten wurden rege behandelt und den leitenden Männern zur Lösung übergeben.

Die Personalpolitik der Eisenbahnverwaltung war in stärkstem Maße beherrscht und beeinflusst durch die Entnazifizierung, also durch die Befreiung der Verwaltung von nationalsozialistischem Einfluß. Sie ist heute im Bereich der Eisenbahndirektion so gut wie abgeschlossen. Eine Spruchkammer als Berufungsinstanz wurde eingerichtet, um Härtefälle auszugleichen.

In der Folgezeit erreichte die organisatorische Entwicklung weitere Ausdehnung: Fachgruppen der einzelnen Berufsarten wurden gebildet, um Berufsfragen der einzelnen Gruppen zu behandeln und deren Belange zu vertreten. Schulungs- und Aufklärungsarbeiten wurden in den Vordergrund gestellt und eine Eisenbahnschule errichtet. Daneben ergaben sich noch andere Notwendigkeiten und Probleme für das Personal. In der Frage der Verbesserung der Lebenshaltung und Versorgung mit Bekleidung wurde bei den Militärbehörden des öfteren die mifflige Lage dargelegt, um Verbesserungen zu erreichen. Soziale Angelegenheiten hinsichtlich der Dienstleistungen, der Löhne und Unterstützungen wurden in den wiederholt stattgefundenen Versammlungen eifrig diskutiert und der Gewerkschaftsleitung überreicht.

Die Arbeiter- und Beamtenchaft der deutschen Eisenbahner ist heute in ihrer Einheitsgewerkschaft fast völlig aufgenommen, denn man hat allseitig erkannt, daß sie das wahre Instrument ihrer Interessenvertretung darstellt und daß einzig und allein nur darin ihre Aufgabe für die Zukunft beruht. Darüber hinaus wollen die Eisenbahner der französischen Zone im Rahmen dieser Gewerkschaft sich für das große Ziel einsetzen, mit gemeinsamen Kräften und mit ehrlichem Willen mitzuwirken, das Vertrauen zurückzugewinnen, das durch die unehrlichen Methoden des verlassenen Regimes restlos verloren gegangen ist.

So wollen die Eisenbahner der französischen Zone weitab von militaristischen und nationalsozialistischen Tendenzen der Vergangenheit und im Vertrauen auf den gesunden Sinn vorwärtsschauender Menschen der ganzen Welt in diesem Jahr den 1. Mai als Tag der friedlichen Arbeit anerkennen und feiern.

—O R—

ist etwas Naturnotwendiges. Ebenso aber auch, daß die Einzelinitiative des schaffenden Menschen, sei er Arbeiter, Angestellter, Bauer oder Unternehmer, nicht nur erhalten, sondern mehr geweckt werden muß. Das sei auch fürderhin Lebensgrundlage. Nur müssen der Kapitalbildung nach oben solche Schranken gesetzt werden, daß das gebaute Kapital das öffentliche Interesse nicht mehr egoistisch beeinflussen kann.

Einmal soll und muß dem Hexensabbat des Kapitalismus' ein Ende bereitet werden. Atombomben zur Menschenvernichtung müssen überflüssig sein! Wir wollen aufbauen zu neuem menschenwürdigen und Menschen beglückenden Leben, aber nimmermehr zur Vernichtung.

Wir demonstrieren am 1. Mai, um die Menschen für die neue soziale Gesellschaftsordnung zu gewinnen, für die Idee der Menschwerdung, für Friede, Freiheit, Menschenrechte, Wohlstand — für den Völker-Mai.

## Ab Mai 320 Gramm Fett

BADEN-BADEN — Die Militär-Regierung hat bekannt, daß auf Grund zusätzlicher Einfuhren die Fettration von 200 Gramm monatlich auf 320 Gramm erhöht wird. Die erhöhte Ration kommt bereits im Laufe des Monats Mai zur Verteilung.

## Neue Briefmarken

BADEN-BADEN — Der Direktor des Post- und Telegrafendienstes bei der französischen Militärregierung in Baden-Baden, Croze, teilte mit, daß in der französischen Zone eine neue Serie von Briefmarken zum Verkauf gelangt. Außerdem sei diesmal Vorsorge getroffen worden, daß die Auflage der Briefmarken in einer ausreichenden Höhe geschieht.

## SS-Standartenführer Isselhorst verhaftet

BADEN-BADEN — SS-Standartenführer Isselhorst, der von einem englischen Militärgericht in Wuppertal kürzlich zum Tode verurteilt wurde und dann geflohen war, wurde in der Nähe von Essen verhaftet und nach Baden-Baden übergeführt, wo er den französischen Behörden ausgeliefert worden ist. Isselhorst, ehemaliger SD-Chef für Baden, Württemberg und Elsaß wurde durch die französischen Justizbehörden als Zeuge in mehreren laufenden Prozessen und wegen von ihm im Elsaß begangener Kriegsverbrechen angefordert.

## Weltfeiertag 1947

Von Matthias Schneider, Gewerkschaftssekretär

BADEN-BADEN — Der 1. Mai ist der Tag, an dem in der Welt demonstrativ die Alltagsarbeit zwar nicht restlos ruht, jedoch auf das Mindestmaß beschränkt wird. Alle diejenigen, welche an diesem Tag aus innerster Überzeugung die Arbeit ruhen lassen, oder die Triebkräfte dafür sind, daß der Tag durch eine allgemeine Arbeitsruhe gekennzeichnet wird, tun dies nicht, um dadurch einen Tag der Muße zu schaffen, sondern einen Tag der Besinnung und Einkehr. Die Menschheit soll zwangsläufig zum Denken daran veranlaßt werden: warum hebt sich gerade dieser Tag von den übrigen des Jahres ab?

Viele können diese Frage nicht mit genügender Klarheit beantworten. Sehr viel wurde hierüber schon gesprochen und geschrieben. Das alles ist teilweise im Alltag des Lebens überhört oder wieder vergessen worden. Die geistige und materielle Not der Gegenwart aber zwingt uns, anläßlich der Wiederkehr des Weltfeiertages seine Grundthesen in Erinnerung zurückzurufen.

Die Hauptsache war und ist noch heute: gegen den Militarismus und den Krieg! — für den Weltfrieden!

Man hat unsere Stimme überhört oder in die Winde geschlagen. Das Resultat ist: Krieg, Not und Teuerung! Sie sind in einem solchen Ausmaß in der Welt aufgetreten, daß sie alles zu vernichten drohen. Die Katastrophe überzieht besonders hart Europa. Ja, wir stehen mitten in ihr drin. Und ihr Ende ist nicht abzusehen. Ein Jammer umgibt uns auf allen Gebieten. Ruinen sind überall, in Stadt und Land. Eine geistige Wirrnis, deren Auswirkungen für die kommende Zeit noch nicht zu übersehen sind, ist in den Köpfen der Menschen. In diesen Zustand wurde die Welt von der herrschenden Gesellschaftsordnung hineingeführt, also durch Menschenwerk und nicht von Gott gewollt.

Die kapitalistisch-militaristische Herrschaft mit allen ihren Extremen und Auswirkungen droht alles zu vernichten, soweit es nicht schon bereits geschehen ist.

Besehen wir uns doch die Schieber und Schwarzhändler! Geboren aus der Sucht nach Mammon, übersehen sie die vor Hunger zusammenbrechenden Menschen und suchen aus der Not des Volkes Kapital zu schlagen. Das sind die typischen Zeiterscheinungen der heutigen Gesellschaftsordnung, die schon immer über Leichen gegangen ist und weiter gehen dürfte, falls sie nicht beseitigt wird. Gegen sie wenden sich alle die Menschen, welche den 1. Mai als Tag der Arbeitsruhe für die ganze Welt demonstrativ festlegen, aus innerem Antrieb begehen und auch fernerhin begehen werden, und zwar solange, bis das Ziel erreicht ist, nämlich eine neue Gesellschaftsordnung. In ihr werden Liebe und Freundschaft unter den Menschen zwischen Stadt und Land, gleichgültig, ob Bauer, Arbeiter oder Angestellter, ob Handwerker oder sonstiger Geschäftsmann im friedfertigen Zusammenwirken ein neues Leben gestalten. Es soll ein Leben der Wohlfahrt sein. Dadurch wird der Frieden über die Grenzen der Völker hinweg die ganze Welt umspannen. Es wird eine Gesellschaftsordnung sein, in welcher nicht übersteigter Besitz in einer Hand, Gruppe oder Volk mit allen seinen Folgewirkungen um den größeren Besitz oder die Beherrschung der Welt ringt. Im Vordergrund alles Geschehens wird der Mensch stehen. Der Kapitalismus mit allen seinen Extremen muß hinter uns liegen, ebenso sein Zwillingbruder, — der Militarismus.

Was hat der Militarismus schon in Friedensjahren verschlungen? Allein mit den Geldbeträgen wäre ein erster Schritt zu steigendem Volkswohlstand geschaffen worden. Daher galt der Kampf der Maidemonstranten schon immer dem Militarismus. Nur fehlte die nachhaltige Unterstützung dieses Kampfes auf breiter Grundlage u. zw., national wie international gesehen. Weil diese nicht erreicht wurde, erfolgte die Katastrophe.

Die Militaristen, geboren im Kapitalistischen, sind auf Befehl uniformierte Menschen, welche sich nie im Leben gesehen haben, aber sichermaßen von dem Kapitalismus haben wie drüben ausgebeutet wurden. Diese Ausbeuten müssen, um ihren Ausbeutern einen größeren Profit zu sichern, uniformiert als Sklaven des Geldsacks — mit Worten nationaler Erhebung oder Verteidigung beschönigt — sich in gegenseitigem Kampf messen. Töten! Ja töten auf Befehl. Denn nach dem Blutbad und der Wertvernichtung fließt der Profit reicher für die Kapitalisten, weil das Vernichtete wieder ersetzt werden muß. Es werden also Aufträge geschert und damit neue Profite wie zuvor bei den Rüstungsaufträgen.

Und wer zahlt die Zeche?  
Die Zeche bezahlt der schaffende Mensch in Stadt und Land, ob Bauer, Handwerker, Kleingewerksmann oder Beamter. Das ist der Kreislauf der Dinge aller Kriege! Der Geldsack ist Trumpf! Der Schaffende ist der Sklave beim Sieger wie beim Besiegten. Die Frage ist zwar allzuoft geklärt, doch zum 1. Mai muß sie erneut ins Gedächtnis der Menschen zurückgerufen werden. Mit dem Geld, das der Krieg 1914/18 kostete, hätte man der Welt ein neues Gesicht geben können. Die Lehre war nicht hart genug. Weitere Kriege sind gefolgt.

Die Kapitalen aber, welche seit 1918 für die erweiterte Rüstung zum Krieg einschließlich aller kriegerischen Auseinandersetzungen und Vernichtungen bis heute verbraucht worden sind, hätten ausgereicht, um in der Welt einen paradisiischen Zustand herzustellen, statt der Katastrophe, die über uns hereingebrochen ist.

Wer waren nun die Phantasten, wie man so oft

Der kleine Mann sucht

BADEN-BADEN — Das, was in Moskau an greifbaren Beschlüssen erreicht worden ist, liegt außerhalb des eigentlichen Konferenzprogramms. Es reicht nicht aus, um die Beurteilung der Konferenz selbst als einen vollständigen Mißerfolg verhindern zu können. Das schlimmste an ihm ist jedoch, daß das deutsche Vertrauen in die internationale Diplomatie — gelinde gesagt — aufs schwerste erschüttert worden ist. Denn der Geist, der an den Beratungen in Moskau in Erscheinung getreten ist, kann nicht als der angesprochen werden, der in der Atlantik-Charta verankert ist, sondern als der wirtschaftlichen machtpolitischen Bestrebungen. Diese aber sind jene, die sich 1939 mit militärischen Machtmitteln durchzusetzen versucht und das Weltchaos 1945 mit dem Schwerpunkt Deutschland hervorgebracht haben. Der Geist von Moskau hat deshalb nicht eine Beruhigung auf Deutschland ausgestrahlt, sondern neue Befürchtungen vor den Hintergründen der Sicherheit für den deutschen Menschen gestellt.

Das ohnmächtig und zerschlagen am Boden liegende Deutschland hat an den Konferenzbeginn von Moskau Hoffnungen geknüpft. Ihr Quell ist die proklamierte Heiligkeit der Atlantik-Charta. Deutschland hat von der Konferenz eine Klarstellung seiner rechtlichen Lage aus der bedingungslosen Kapitulation heraus und seiner künftigen Stellung in der Gemeinschaft der Völker erhofft. Diese Hoffnungen haben sich beim Schluß der Moskauer Konferenz in Nichts aufgelöst.

Nicht allein das ist die Betrübnisse. Denn der Geist von Moskau läßt sich nicht erwarten, daß der Wunsch des kleinen Mannes in Deutschland und des kleinen Mannes in allen anderen Staaten nach einer Befriedung der Welt — in naher Zukunft wenigstens — erfüllt wird. Wenn sich die am Konferenztag in Moskau versammelt gewesenen vier Repräsentanten der heutigen Welt nicht einmal über die Prinzipien zu einer Befriedung der Welt verständigen konnten, um wieviel mehr werden das die vielen eingesetzten Kommissionen erreichen, die bis zu der in einem halben Jahr in London geplanten Außenministerkonferenz tätig sein sollen. Wie weit ist es aber dann noch bis zu den verbindlichen Beschlüssen der großen Vier? Wie lange dauert es dann noch, bis diese Beschlüsse ratifiziert werden? Was wird von ihrem ursprünglichen Sinn und Gehalt übrig bleiben, wenn sie durch das feinschichtige Interessensieb der Ministerien hindurchgedrungen worden sind? Wie lange dauert es dann wieder, bis solche Beschlüsse verwirklicht werden? Und wie schauen sie zuletzt aus, wenn sie sich in der Hand der Bürokratie befinden?

Solche Fragen und andere zeitbedingte Überlegungen lassen u. a. die Erwägung zu, ob der Diplomatie heutiger Prägung überhaupt noch die von ihr beanspruchte Berechtigung wirklich zusteht. Es handelt sich um die Berechtigung, Völker zu vertreten, die nicht — wie es den Anschein hat — aus wirtschaftsmachtpolitisch gesinnten Großunternehmern bestehen, sondern in ihrer Masse aus sogenannten kleinen Leuten. Eine solche Erwägung drängt sich geradezu auf. Denn die Diplomatie hat seit der offiziellen Beendigung des zweiten Weltkrieges nicht vermocht, der Welt das zu geben, was sie von ihr erwartet hat, geschweige denn den Wunsch des kleinen Mannes nach einer Freiheit seiner Persönlichkeit, nach Sicherheit seiner Existenz und nach einem kultivierten Leben auch nur teilweise erfüllt. Man höre doch, was der kleine Mann auf der Straße in Baden-Baden, München, Düsseldorf, Frankfurt, Leipzig, Rom, London, Paris, Brüssel spricht. Es sind keine schönen Worte für die Diplomatie.

Der Geist von Moskau entsetzt den kleinen Mann in Deutschland und wird ihn dazu veranlassen, verstärkt nach demokratischen Methoden und Mitteln zu suchen, die ihm die Erfüllung seiner Wünsche bringen. Der Wahlzeit allein scheint ihm nicht das Richtige zu sein. Das haben die Landtagswahlen in der britischen Zone mit einer Wahlbeteiligung von nur 63 1/2 Prozent ergeben. Aber auch der kleine Mann in Frankreich, Belgien, Holland, Italien, also in den übrigen vom Krieg am stärksten gezeichneten Ländern, ist auf der gleichen Suche.

Nur jene von Tatkraft getragene Idee, die einmal die Massen des kleinen Mannes in der Welt gewinnt, und nicht enttäuscht, wird den Geist von Moskau bezwingen. Norbert Tessler

Dr. Eckener verläßt Deutschland

Der Altmeister des Luftschiffbaues wandert nach Amerika aus

FRIEDRICHSHAFEN — Dr. Hugo Eckener reist in den nächsten Tagen nach den Vereinigten Staaten, um in Akron (Ohio) in den Werken der „Goodyear Company“ tätig zu sein.

Dr. Eckener hat sich zum letzten Mal im Jahre 1937 in den USA aufgehalten, um als Mitglied einer deutschen Untersuchungskommission eine Klärung der Ursachen der Explosion des Luftschiffes „Hindenburg“ herbeizuführen. Dr. Eckener war zuletzt Leiter der Luftschiffbau-Zeppelin-Gesellschaft in Friedrichshafen und Vorstandsmitglied der „Zeppelin-Institut“, deren Vermögen an die Stadt Friedrichshafen übergegangen ist. Das Wohnhaus Dr. Eckeners in Friedrichshafen wurde bei dem großen Nachtangriff im April 1944 durch Brandbomben zerstört.

Im Dritten Reich, dem Eckener als Verfechter

demokratischer Ideen stets ablehnend gegenüberstanden hat, fiel er im Frühjahr 1936 in Berlin völlig in Ungnade.

Bei der „Goodyear Company“ in Akron, in deren Werken sich Dr. Eckener betätigen will, wurde 1923 mit dem Bau des ersten halbstarren amerikanischen Luftschiffes begonnen. Sie ist die Stammfirma der „Goodyear Zeppelin Cooperation“, die zum Erwerb der amerikanischen Rechte für den Bau starrer Luftschiffe von der Friedrichshafener Werft gleichfalls im Jahre 1923 in Akron gegründet wurde. Damals traten der Chefingenieur der deutschen Zeppelinwerke, Dr. Karl Arnstein, und ein Dutzend anderer Fachgenieure in die Goodyear-Gesellschaft ein. Die „Goodyear Company“ baute seither Luftschiffe verschiedener Typen und Größen.

Geheimsitzung im Weißen Haus

Moskau-Bericht des zurückgekehrten Außenministers Marshall

WASHINGTON — Präsident Truman hielt im Weißen Haus eine Geheimsitzung ab, an welcher der amerikanische Außenminister Marshall sowie maßgebende Persönlichkeiten der republikanischen und der demokratischen Fraktionen des Kongresses teilnahmen. Die Sitzung war, so hieß es amtlich, einberufen worden, um den Bericht des zurückgekehrten Außenministers Marshall über die Moskauer Konferenz entgegenzunehmen. Der Sitzung wohnten auch die Vorsitzenden der Bewilligungsausschüsse des Kongresses bei. Diese Ausschüsse werden über die Hilfsmittel für die Unterstützung Koreas zu beraten haben. Sie werden auch maßgebenden Einfluß auf die finanziellen Verpflichtungen des Truman-Programms haben, die sich schätzungsweise auf 5000 Millionen Dollar belaufen sollen.

Als positive Punkte der Moskauer Konferenz werden von amerikanischen politischen Kreisen folgende bezeichnet: Für die nächste Zukunft ist jede Kriegsgefahr ausgeschaltet. Solange nicht das Gegenteil bewiesen ist, ist es sehr schwer, daran zu glauben, daß die Unterredung Marshalls mit Generalissimus Stalin völlig negativ verlaufen sein soll. Die größte Sorge dieser Kreise besteht zur Zeit darin, den Friedenswillen der Vereinigten Staaten mit den etwa möglichen Auswirkungen der These des Präsidenten Truman in Übereinstimmung zu bringen und eine kühne und großzügige Weltpolitik durchzuführen. Andererseits bedeutet die verfassungsmäßige und wirtschaftliche Organisation der amerikanischen Nation für die Regierung in dem Falle ein Hindernis, wenn sie Maßnahmen treffen will, die über den Rahmen der amerikanischen Traditionen hinausgehen.

Nationalistischer Widerstand gegen Tito

Was geht in Jugoslawien vor? — Flüchtlingsankünfte in Italien

ROM — Aus den Erklärungen des jugoslawischen Ministers Aleksander Rankovic kann man schließen, so schreibt der Korrespondent des „Badener Tagblatt“ in Rom, daß die Lage in Jugoslawien, insbesondere die Stimmung gegen das Regime Tito sehr gespannt ist. Das wird durch den Umstand bestätigt, daß an der Adriaküste Italiens täglich neue Flüchtlinge von jugoslawischen Ufer ankommen, die aus ihrer Heimat fliehen. Sie behaupten, daß ein regelrechter Kleinkrieg in Jugoslawien tobe.

Es ist in Rom bekannt, daß sowohl die Cetniks (national gesinnte Organisation) als auch die sogenannten (kroatischen) „Kreuzritter“ ihre eigenen „Quartiere“ in den Bergen haben und gegen die Titoleute vorgehen. Außerdem wird bestätigt,

daß die Gefängnisse in Jugoslawien voller „politischer“ Häftlinge sind.

Um die gegenwärtige Lage in Jugoslawien zu charakterisieren, seien die Worte des jugoslawischen Ministers Rankovic zitiert. Er sagte u. a.: 1) Die Lebensmittellage in Jugoslawien sei geradezu katastrophal, vor allem deshalb, weil sich die Bauern weigerten, ihre Erzeugnisse abzuliefern. Das trafe selbst für die reichen Gebiete von Vojvodina zu. 2) In ganz Jugoslawien seien täglich Sabotageakte zu verzeichnen. Auch offene Rebellionen seien wie die Sabotageakte nur gegen die kommunistische Regierung gerichtet. 3) Der Minister gab zu, daß innerhalb eines Jahres, und zwar vom 1. März 1946 bis zum 1. März 1947 3467 „Rebellen“ in Zusammenstößen mit den Regierungstruppen umgekommen seien.

Palästina vor den Vereinten Nationen

Die Stellung der einzelnen Staaten zum Palästina-Problem

LAKE SUCCESS — Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat auf ihrer Sondertagung über die Palästinafrage, die am Montag begann, drei Fragen zu klären, und zwar erstens: Das Ersuchen Großbritanniens um die Bildung eines Untersuchungs-ausschusses, zweitens: die Forderung der arabischen Staaten nach Besprechungen über die Unabhängigkeit Palästinas, und drittens: die Forderung jüdischer Organisationen, als Verhandlungspartner zu der Sondertagung der Vollversammlung zugelassen zu werden.

Großbritannien steht im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Seine Mandatsverwaltung in Palästina wird von den Arabern einer scharfen Kritik unterzogen, während die jüdischen Organisationen

hinter den Kulissen nicht verabsäumen werden, die britische Einwanderungspolitik in Palästina anzugreifen.

Die Vereinten Staaten haben bis jetzt nur ihre kategorische Ablehnung einer Diskussion über das Kernproblem erkennen lassen.

Für die Sowjetunion ist Palästina nach wie vor noch ein Völkerbundsmandat. Die sowjetische Einstellung hinsichtlich dieses Gebiets wurde auf der letzten Versammlung eingehend dargelegt, als die Sowjetischen Delegierten sich dagegen wandten, daß eine Treuhänderschaft auch in dem Gebieten der Alliierten zur Verwaltung anvertraut worden sind.

Für Frankreich ist das Problem ebenfalls von Bedeutung. Es hat aber den Anschein, daß die französische Delegation auch ihrerseits die Schaffung einer Untersuchungskommission fordern und sich mit der Zurückhaltung der ins einzelne gehenden Diskussion über die Palästinafrage bis September einverstanden erklären wird.

Bei den meisten anderen Ländern scheint eine Scheu davor zu bestehen, sich über ein so wichtiges Problem auszusprechen. Lediglich Argentinien hat seine Absicht bekundet, die Schaffung einer aus 11 Mitgliedern bestehenden Untersuchungskommission vorzuschlagen (fünf Mitglieder der Großen, ein Mitglied der arabischen Länder und fünf Mitglieder der anderen Länder), in der auch die jüdische Agentur ohne Stimmrecht vertreten sein soll.

Neue Unruhen in Palästina

HAIFA — Der Chef der nordpalästinensischen Kriminalpolizei wurde in einer der Hauptstraßen Haifas von zwei jüdischen Terroristen angeschossen und so schwer verletzt, daß er kurz darauf verstarb. — Die jüdische Terroristen-Organisation Irgun Zvai Leumi erklärte, in Palästina, im mittleren Osten und in der Welt werde nicht eher Friede sein, bis das britische Besatzungsregime in Palästina und Transjordanien abgeschafft ist und die britischen Streitkräfte aus diesen Ländern zurückgezogen sind.

JERUSALEM — Nachts wurde eine Bombe im Zentrum der Stadt Tel Aviv auf einen Militär-Jeep geworfen. Ein britischer Soldat fand den Tod, zwei britische Soldaten sowie 3 jüdische Passanten wurden verletzt.

JERUSALEM — Die beiden jüdischen Terroristen Barazan und Feinstein, die von einem britischen Militärgericht zum Tode verurteilt worden waren, begingen im Jerusalemer Zentralgefängnis kurz vor ihrer Hinrichtung Selbstmord.

Der ständige Sitz der UN

NEW YORK — Auf der Insel Manhattan (New York) wurde die orange-blaue Flagge New Yorks niedergeholt, während gleichzeitig die 55 Fahnen der Vereinten Nationen (UN) zum Zeichen der Abtretung eines Teiles der Insel durch die Stadt New York an die UN gehißt wurden. Die Feier, der über 8000 Personen beiwohnten, fand in dem Stadion statt, das ebenfalls an die UN abgetreten wurde, um so das Grundstück abzuräumen, das bei der letzten Vollversammlung von der Familie Rockefeller der UN geschenkt worden war. Der ständige Sitz der Vereinten Nationen wird auf einem Grundstück errichtet werden, auf dem sich zur Zeit Schlachthäuser und Magazine befinden. Man ist der Ansicht, daß das erste große Gebäude im Frühjahr 1949 fertiggestellt sein wird. Am Sitz der UN werden nach und nach weitere Gebäude, Gartenanlagen, Geschäfte usw. errichtet werden.

General Koenig in Dänemark

BADEN-BADEN — Wie die Südwestdeutsche Nachrichtenagentur aus Paris meldet, wird General Koenig als Vertreter des Präsidenten der französischen Republik an den Beisetzungsfeierlichkeiten für den verstorbenen König Christian X. von Dänemark am 30. April teilnehmen.

Englische Königsfamilie auf der Heimreise

KAPSTADT — Die englische Königsfamilie trat nach einem längeren Aufenthalt in Südafrika an Bord des Schlachtschiffes „Vanguard“ ihre Heimreise an. Vom Balkon des Kapstädter Rathauses aus verabschiedete sich die königliche Familie von einer riesigen Menschenmenge.

Suche nach Martin Bormann

KAIRO — Eine polizeiliche Suchaktion nach Martin Bormann wurde auf Veranlassung der britischen Polizei in ägyptischen Hotels durchgeführt. Die Flugplätze waren unter Bewachung gestellt. Die britischen Sicherheitsorgane halten es für nicht ausgeschlossen, daß der ehemalige Erbe Hitlers unter den Juden untergetaucht ist, die sich heimlich nach Palästina eingeschifft haben.

Papen und Schirach werden ausgeliefert

WIEN — Der alliierte Rat stimmte dem von der österreichischen Regierung eingebrachten Auslieferungsantrag für Papen und Schirach zu. Somit ist deren Auslieferung an Österreich zu erwarten.

1. Mai in Griechenland verboten

ATHEN — Alle öffentlichen Versammlungen am 30. April und 1. Mai sind von der Polizei in Athen mit der Begründung verboten worden, daß einige der von den Arbeitern verfaßten Aufrufe politischer Natur seien und möglicherweise zu Zusammenstößen führen könnten.

1. Mai-Proklamation in Moskau

MOSKAU — Radio Moskau verbreitet die Parolen des Zentralkomitees der kommunistischen Partei zum 1. Mai. In der Proklamation werden die Arbeiter aller Länder zum Kampf gegen die Kriegstreiber und zur freundschaftlichen Zusammenarbeit der Völker aufgefordert. Das Zentralkomitee verurteilt die „Pseudo-Demokraten, die den Faschisten ihre Unterstützung angeheihen lassen“, und rühmt „die unerschütterliche Freundschaft der slawischen Brudervölker“.

USA-Flotteneinheiten nach China

WASHINGTON — Präsident Truman hat die Genehmigung zur Überführung verschiedener Flotteneinheiten nach China erteilt. Diese Genehmigung gilt für höchstens 271 Schiffe, deren Besatzung 100 Offiziere und 200 Mann nicht übersteigen darf, die China zu Beratung in Flottenfragen zur Verfügung gestellt werden sollen. In dem Dekret des Präsidenten heißt es weiter: „Der Marineminister regelt alles weitere in Übereinstimmung mit dem Staatssekretär“.

Sieg der Sozialisten in Japan

TOKIO — Die Zusammensetzung des zukünftigen japanischen Abgeordnetenhauses nach den letzten Wahlen ist folgende: Sozialisten 142 Sitze, Liberale 133 Sitze, Demokraten 126 Sitze, Corporative 31 Sitze, Kommunisten 4 Sitze und kleinere Parteien 29 Sitze. Im Vergleich zu der vorhergehenden Zusammensetzung der Kammer ergibt sich ein leichter Rückgang der Liberalen, ein Stillstand bei den Demokraten, eine starke Zunahme der Sozialisten und eine Abnahme der Unabhängigen. 15 Frauen wurden gewählt gegenüber 36 vorher.

Reorganisation der UN?

WASHINGTON — Der demokratische Senator Byrd brachte im Senat der Vereinigten Staaten einen Zusatzantrag zum amerikanischen Hilfsprogramm für Griechenland und die Türkei ein, in dem gefordert wird, den ganzen Hilfsplan sofort der UN zu übergeben und, falls die Sowjetunion gegen seine Durchführung ein Veto einlegt, die gesamte UN zu reorganisieren. Byrd erklärte hierzu, der Plan Trumans wie auch die Reorganisation der UN könne zum Krieg führen, jedoch auch ohne Pläne bestünde eine solche Möglichkeit. Strenge Maßnahmen innerhalb der UN könne die Sowjetunion jedoch eher zu einer Zusammenarbeit bringen, als eine Investierung amerikanischen Geldes in der Welt im Kampf gegen den Kommunismus.

Für 35 Mill. Dollar Kriegsmaterial nach Iran

WASHINGTON — Die Vereinten Staaten werden der iranischen Regierung für 35 Millionen Dollar militärisches Ausrüstungsmaterial aus überschüssigen Beständen der USA-Wehrmacht liefern, u. zw. nur leichte Waffen, Jeeps, Straßenpanzerwagen sowie Jagd- und Schulfahrzeuge. Schwere Bomber und schwere Panzer kommen nicht in Frage.

Neapels Bürgermeister sollte durchs Fenster

ROM — Fast überall in Italien werden die Protestkundgebungen gegen die Politik der Regierung von Arbeitslosen, Kriegsteilnehmern und Gewerkschaftsorganisationen fortgesetzt. In Perugia mußte ein Infanterieregiment zur Unterstützung der Polizei eingesetzt werden, um die durch die Demonstrationen gefährdete öffentliche Ordnung wiederherzustellen. In Neapel versuchte eine Gruppe von städtischen Angestellten, den Bürgermeister aus dem Fenster zu werfen.

Aussiedelung der Banater Schwaben

BUDAPEST — Die ungarischen Behörden ziehen zur Zeit die Banater Schwaben zusammen, deren Abtransport nach Deutschland vor Eintreten der Kälteperiode auf Veranlassung der amerikanischen Behörden eingestellt worden war. Der Grundbesitz der Banater Schwaben wird von Ungarn zur Ansiedlung seiner aus der Tschechoslowakei ausgewiesenen Minderheiten benötigt.

Soziale Verhältnisse in Hamburg

HAMBURG — Die Schulverwaltung stellte fest, daß 46 % aller Schulkinder kein eigenes Bett haben, daß nur 32,8 % in eigener Wohnung leben, daß bei 13 % die Mutter allein die Familie erhalten muß und daß 80 % aller Schulkinder ausgebombt sind. Die Hamburger Kriminalpolizei hat im Februar 10 200 Erwachsene und 3 200 Jugendliche bei unerlaubten Handlungen festgestellt. Die Hälfte davon kommen ungefähr auf das Konto „Kohlenklau“.

Volksabstimmung über Schulfragen

KOBLENZ — Am Schluß der 3. Lesung wurde der Verfassungsentwurf für Rheinland-Pfalz von der Beratenden Landesversammlung in Koblenz mit 70 gegen 31 Stimmen angenommen. Auch ein Entschließungsantrag, die Schulfrage im Rahmen der Volksabstimmung gesondert dem Volk zur Entscheidung vorzulegen, wurde angenommen.

Verantwortlich: J. Schilling, Dr. H. F. Gellert. Druck und Verlag: Ernst Koeblin, Baden-Baden. Anzeigenleit.: Anni Garling — Bühler. Geschäftsstelle: Hauptstr. 66. Achnern Geschäftsstelle: Hauptstr. 112.

Häftlinge durch Kopfschuß umgebracht

Weitere Zeugenaussagen im Rastatter Kriegsverbrecherprozeß

RASTATT — Neue Zeugenaussagen ergaben übereinstimmend das gleiche Bild über die Zustände in den einzelnen Häftlingslagern. Ein Angeklagter soll drei Häftlinge durch Kopfschuß umgebracht haben, die sich in einem Keller versteckt hatten. Im Lager Schömburg soll ein Häftling erschossen, zwei öffentlich gehängt und zwei im Duschraum an einem Haken aufgehängt worden sein.

Ein Zeuge schilderte die hygienischen Verhältnisse im Häftlingslager Schömburg. Einzelne Blöcke hatten keinen Abort. Wenn Ruhrkranke nachts den Block verlassen mußten, was streng verboten war, wurden sie ohne weiteres erschossen. Die Bekleidung sei sehr schlecht gewesen.

Mißwirtschaft im Freiburger Ernährungsamt

Auch 17 Freiburger Geschäftsleute auf der Anklagebank

FREIBURG — Drei Tage lang hatte sich die 1. Strafkammer des Landgerichts Freiburg mit dem Freiburger Ernährungsamts-Skandal zu befassen, der vor einigen Monaten unter der Bevölkerung großes Aufsehen erregt hat.

Angeklagt waren der Angestellte des Ernährungsamtes Karl Otto Klug, seine Ehefrau Maria Klug, sowie 17 Freiburger Geschäftsleute, die mit Klug zusammen die dunklen Geschäfte machten und auf Kosten der Freiburger Bevölkerung die rationierten Lebensmittel zentnerweise verschoben. So waren es u. a. 18 Zentner Butter und 13 000 Liter Vollmilch, die einen Weg gegangen sind, der heute nicht mehr festzustellen werden kann.

Der Hauptangeklagte Klug, von Beruf Metzger, war 1941 zunächst als Aushilfsangestellter zum Ernährungsamt gekommen und später dann mit verantwortungsvollen Arbeiten betraut worden. Klug veranlaßte die mitangeklagten Geschäftsleute, mehr Waren vorzubestellen, als sie Bestellabschnitte abgegeben haben, wofür er dann selbst einen Teil der mehr gelieferten Waren von den ihm „betretenden“ Geschäften erhielt. Hinsichtlich der Bestandsaufnahmen am Letzten eines jeden Monats in den Geschäften herrschte allgemeine Unklarheit und es mutet wie ein Witz an, daß in der Hauptverhandlung der Angeklagte Klug darüber besser Bescheid wußte, als der Sachverständige des Ernährungsamtes. Ferner wurde durch die Verhandlung erwiesen, daß die Revision auf dem Ernährungsamt infolge des Personalmangels sehr nachlässig gehandhabt wurde. Es war, bedauerlicherweise auch nicht

mehr festzustellen, wohin die zuviel bezogenen Waren gekommen sind. Man darf aber wohl annehmen, daß sie den Geschäftsleuten als begehrte Tauschobjekte gedient haben und zu „Kompensationszwecken“ Verwendung fanden.

Nach eingehender Verhandlung wurde der Angeklagte Klug wegen Verbrechen gegen die Kriegswirtschaftsverordnung, Verstoß gegen die Anordnung zum Schutz der Volksernährung, groblichen Mißbrauchs des Vertrauens und wegen Bestechung zu drei Jahren Zuchthaus, 4000 RM Geldstrafe, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren, verurteilt. Seine Ehefrau Maria Klug ist zu einem Jahr Gefängnis und 1000 RM Geldstrafe verurteilt worden. Die mitangeklagten Geschäftsinhaber erhielten Gefängnisstrafen von drei bis 15 Monaten und Geldstrafen von 1000 bis 3000 RM. In drei Fällen wurde auf Geschäftsschließung für zwei Jahre, bei vier weiteren auf Schließung für ein Jahr erkannt.

15 Waggon Radiogeräte zurückgegeben

DEN HAAG — Die erste bedeutende Sendung holländischen Eigentums, das sich in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands befand und wieder an Holland zurückgegeben wurde, ist in Holland eingetroffen. Die Sendung bestand aus fünfzehn Waggon-Ladungen von Radio- und Sendegeräten, die während der deutschen Besetzung aus Holland nach Deutschland gebracht worden waren.

# Neues Säuberungsgesetz für Baden

### Wer ist Aktivist, Militarist, Nutznießer, Minderbelasteter, Mitläufer oder Entlasteter?

BADEN-BADEN — Mit Datum vom 29. März 1947 ist jetzt das neue badische Säuberungsgesetz im Amtsblatt der Landesverwaltung Baden verkündet worden. In der Präambel zu dem neuen Gesetz wird zur Frage der Berufungs- und Revisionsmöglichkeiten Stellung genommen. Dem Staatskommissar für politische Säuberung und dem politischen Beirat soll es offenstehen, die Revision von Sühneentscheidungen anzuordnen, wenn ihnen diese übermäßig hoch oder niedrig erscheinen. Weiter wird die Möglichkeit offengelassen, bei übermäßig hocherscheinenden Sühnemaßnahmen einen Aufschub derselben zu erwirken. Im letzten Absatz der Präambel schließlich wird darauf hingewiesen, daß eine Amnestie in Aussicht genommen ist.

In Artikel 1 wird der Zweck des Gesetzes definiert. Es heißt, daß Nationalsozialisten, Militaristen und Industrielle, die das nationalsozialistische Regime gefördert und unterstützt haben, bestraft werden sollen.

In Artikel 2 sind allgemeine Grundsätze niedergelegt, die vor allem die individuelle Behandlung jedes Falles und die Beurteilung nach der persönlichen Verantwortlichkeit des Schuldigen betreffen. Bloße Mitgliedschaft in der NSDAP soll für die Beurteilung des Grades der Schuld nicht entscheidend sein, ebenso bedingt aber auch die Nichtmitgliedschaft nicht unbedingt die Entlastung.

Artikel 3 legt die Einteilung in Hauptschuldige, Schuldige (Aktivisten, Militaristen und Nutznießer), Minderbelastete, Mitläufer und Entlastete fest.

Als Aktivist kann danach u. a. erklärt werden, wer in der Öffentlichkeit durch Reden oder Veröffentlichungen, durch freiwillige Spenden, oder durch Ausnutzung seines Berufes oder seine Machtbefugnisse wesentlich zur Errichtung, zur Festigung oder zur Aufrechterhaltung der nationalsozialistischen Herrschaft beigetragen hat oder wer den Geist und die Seele der Jugend durch nationalsozialistische Erziehung oder Lehre vergiftet hat. Wer sich im Dienste des Nationalsozialismus unrechtmäßig in die Rechtspflege eingemischt hat oder wer haterisch oder gewalttätig gegen Kirchen, Religionsgemeinschaften oder weltanschauliche Vereinigungen aufgetreten ist oder wer sich an der Zerschlagung der Gewerkschaften und an unrechtmäßiger Verwertung des Ge-

werkschaftsvermögens beteiligt hat. Wer dazu beigetragen hat, daß Gegner des Nationalsozialismus zur Front abgestellt worden sind und schließlich wer nach dem 9. Mai 1945 den Frieden durch Eintreten für den Nationalsozialismus oder Militarismus oder durch die Erfindung oder Verbreitung böswilliger Gerüchte bedroht hat.

Militarist ist u. a.: Wer vor 1935 die planmäßige Ausbildung der Jugend für den Krieg organisierte oder an dieser Organisation teilnahm oder wer durch sein Verhalten oder seine Tätigkeit im Generalstab oder anderswo zur Förderung des Militarismus beigetragen hat.

Als Nutznießer kann u. a. erklärt werden wer auf Kosten der politisch, religiös oder rassistisch verfolgten unmittlbar oder mittelbar insbesondere im Zusammenhang mit Enteignungen, Zwangsverkäufen und dergleichen, Vorteile für sich oder andere erlangte oder erstrebte oder wer sich im Zusammenhang mit der Verwaltung ehemals besetzter Gebiete unbeschränkterweise bereicherte.

Minderbelasteter ist insbesondere wer nach dem 1. Januar 1919 geboren ist, nicht zur Gruppe der Hauptschuldigen zählt, jedoch als Belasteter erscheint, ohne aber ein verwerfliches oder brutales Verhalten an den Tag gelegt zu haben, und nach seinem Leumund eine Bewährung erwarten läßt oder, wer ohne Hauptschuldiger zu sein, zwar als Belasteter erscheint, aber eindeutig und klar erkennbar frühzeitig vom Nationalsozialismus und seinen Methoden abgerückt ist.

Zu den Mitläufern gehört derjenige, der Anwärter der NSDAP war, und nicht endgültig als Mitglied aufgenommen wurde und nicht in eine andere Kategorie gehört.

Als Entlasteter gilt nicht etwa die nur passive Haltung, es ist vielmehr der Nachweis einer Beteiligung „nach Kräften“ am aktiven Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft erforderlich, sofern ein Beschuldigter formell der Partei angehört hat. Wesentlich ist, daß alle diejenigen Jugendlichen als entlastet gelten, die nach dem 25. März 1939 in die HJ oder in den BDM eingetreten sind, und die nicht einer der anderen Kategorien angehören.

Artikel 9 bis 19 enthalten die Bestimmungen über die Sühnemaßnahmen.

Als schwerste Sühnemaßnahmen gegen Hauptschuldige ist Gefängnis bis zu 10 Jahren oder Internierung bis zu 10 Jahren vorgesehen. Eine Internierung nach dem 8. Mai 1945 kann angeschlossen werden. Körperbehinderte müssen entsprechend ihren Fähigkeiten Arbeiten verrichten. Weitere 10 Jahre nach ihrer Freilassung müssen sie sich noch gewissen Einschränkungen unterwerfen, wie z. B. Verbot der Selbsttätigkeit in einem freien Beruf usw. Hauptschuldige können außerdem Wohnungs- und Aufenthaltsbeschränkungen unterworfen werden. Sie verlieren alle ihnen erteilten Approbationen, Konzessionen und Privilegien sowie das Recht, einen Kraftwagen zu halten. Minderbelastete erhalten Bewährungsfrist von mindestens 2 Jahren bis höchstens 3 Jahren. Die Ausübung einer leitenden Tätigkeit im Handel, im Erziehungswesen und in der Publizistik kann den Minderbelasteten unter Umständen untersagt werden. Mitläufer können verpflichtet werden, sich regelmäßig bei der Polizeibehörde ihres Wohnortes zu melden. Sie sind nicht wählbar, besitzen jedoch das Wahlrecht. Die Bezahlung einmaliger oder laufender Geldbußen kann gefordert werden. Bei Beamten ist Versetzung in den Ruhestand oder Versetzung mit Rückstufung möglich. Ähnliche Maßnahmen können für Mitläufer in der Wirtschaft, einschließlich der Land- und Forstwirtschaft, getroffen werden. Gegen Personen, die eine Spruchkammer als entlastet erklärt, dürfen keine Maßnahmen angewendet werden.

In Artikel 21 bis 31 wird die Organisation der Säuberungsbehörden und das Verfahren geregelt.

# Frankreichs Polar-Expeditionen

Nach Rußland, den Vereinigten Staaten und Großbritannien hat nunmehr auch Frankreich eine Zentralstelle für die wissenschaftliche Forschung in den Polargebieten geschaffen. Der französische Minister hat bereits in seiner Sitzung vom 28. Februar die Ausrüstung einer Reihe von Polar-Expeditionen grundsätzlich beschlossen, und die neugeschaffene Stelle soll sich mit der Vorbereitung und Durchführung dieser Expeditionen befassen. Dabei sollen besonders auch die südlichen Polargebiete berücksichtigt werden, wo Adélien, ein bisher unerforscht gebliebenes Gebiet, eine französische Besitzung ist. Dieses Land, das um die Jahrhundertwende entdeckt worden ist, liegt noch südlich von den Kerguelen-Inseln und ist 1838 von der französischen Regierung verwaltungsmäßig ihren Behörden in Madagaskar unterstellt worden. Die französische Oberhoheit über dieses Gebiet wurde von Großbritannien und von Australien anerkannt. Doch hat Frankreich bisher keinerlei Nutzen aus diesem theoretischen Besitz ziehen können.

Der bekannte französische Polarforscher Paul Emile Victor hat in einer Pressekonferenz auf den Wert der für das Frühjahr 1948 vorgesehenen Expeditionen unter strategischen und wissenschaftlichen Gesichtspunkten hingewiesen. (AEP)

# Polens Zukunft - Deutschlands Schicksal

### Wirtschaftliche und soziale Wandlungen des polnischen Staates

Die Behandlung des deutschen Ostgrenzproblems vor dem Rat der in Moskau versammelten vier Außenminister hat das neue Polen erneut in das Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit gestellt. Der Mitarbeiter des Badener Tagblatt schreibt hierzu:

Seit über tausend Jahren stehen Polen und Deutsche in Raumnachbarschaft. Das deutsch-polnische Verhältnis war in diesem langen Zeitraum nicht das der Erbfeindschaft, sondern der Erbnachbarschaft gewesen. Deutschland hat niemals vor 1939 einen Krieg gegen Polen geführt. In der Schlacht von Tannenberg 1410 hat es sich nicht um einen Kampf des Deutschen mit dem polnischen Staate gehandelt, sondern um einen deutschen Bürgerkrieg im preussischen Lande, der von den deutschen Ritterorden geführt wurde. Es blieb dem nationalsozialistischen Führerkreis vorbehalten, nach dem Nichtangriffspakt mit Polen den polnischen Bündnispartner und Nachbar mit Waffen anzugreifen und damit den zweiten Weltkrieg heraufzubeschwören, um dessen Liquidation es jetzt geht. Und da hängt das Schicksal Deutschlands von der Zukunft Polens entscheidend ab.

Das jetzige Polen ist keine Wiederherstellung des polnischen Staates von 1918 bis 1939. Das frühere Polen war ein Nationalitätenstaat, in dem die polnische Nation nur eine kleine Mehrheit darstellte, die etwa 20 Millionen Polen waren unter den damals 35 Millionen Einwohnern der polnischen Republik. Die größten Minderheiten stellten die Ukrainer mit 7 Millionen und die Weißrussen mit rund 3 Millionen. Mit diesen russischen Elementen hatte die Warschauer Regierung einen schweren Stand. Im Osten der polnischen Republik wurde geradezu ein Kleinkrieg zwischen Russen und Polen geführt, der zermürbend auf die polnischen Behörden und Truppen wirkte.

Das neue Polen hat 170000 qkm seines Ostens an Sowjet-Rußland abtreten müssen, das ist fast die Hälfte seines früheren Staatsgebietes, das 338 000 qkm groß war. Von den früher 35 Millionen Einwohnern verlor es 11 Millionen. Durch diesen Land- und Bevölkerungungsverlust ist das neue Polen ein reiner Nationalitätenstaat geworden. Aber dieser befindet sich in einer gewaltigen wirtschaftlichen und sozialen Wandlung. Bei der engen Bindung des gegenwärtigen Polens an die Sowjet-Union spielt die Bodenreform, eine ausschlaggebende Rolle. Sie wird in radikaler Weise

durchgeführt und richtet sich vor allem gegen die Vormachtstellung des polnischen Adels, der nicht nur einst als Schlichte die Geschicke Polens bestimmte, sondern auch in der polnischen Republik 1918 bis 1939 sich die soziale, wie vor allem die wirtschaftspolitische Führung des Staates nicht aus den Händen reißen ließ. Diese polnischen Adligen zeigen eine gewisse Verwandtschaft mit dem preussischen Junkertum, mit dem sie ja auch zu einem Teil durch familiäre Bande verknüpft sind. Trotz aller politischen Gegensätze, die zweifelsohne die einseitige Schlichte und die Ostelbier-Preußen von einander trennten, hatten doch beide Adelschichten starke Gemeinsamkeiten, so vor allem als bevorrechtete Kaste zu leben und wenn durch die Landreform die ostelbische Herrschaft, die in der russischen Zone und im Gebiet östlich der Oder-Neiße-Linie ihren Sitz hatte, bereits proletarisiert wurde, so ist die Auswirkung bodenreformerischer Maßnahmen in Polen noch nicht soweit gegangen, den polnischen Adel völlig sozial und wirtschaftlich zu entrechten. Dieser hat auch einen starken Rückhalt an der Kirche, die ebenfalls von der Agrarreform in Mitleidenschaft gezogen wird. Klerikalismus und Feudalismus stehen daher im neuen Polen in engstem Bunde und haben noch keineswegs als starke Opposition vor den jetzigen Machthabern kapituliert.

Wenn der frühere polnische Staat einen rein agrarischen Charakter hatte und seinen Überschuss an Lebensmitteln exportierte, so ist das jetzige Polen auf dem Wege, ein Industrieland mit proletarischen Massen zu werden. Die Umformung des einst ja auch rein bäuerlichen zaristischen Reiches in das Sowjet-Rußland kommunistischer Proletariat dient gewissermaßen doch dem heutigen Polen als Vorbild, auch wenn sein kommunistischer Industrieminister Biłazy Minc von einem eigenen polnischen Wirtschaftssystem spricht, das nicht sowjetisch sei. Daß die Schwerindustrie Polens fast völlig in Staatsbesitz übergeführt ist, mag man gewiß noch nicht als eine kommunistische Regelung der Industrie ansehen, da auch die frühere polnische Republik mit ihrem Exzessismus in dieser Hinsicht bereits dieselben Gesichtspunkte vertrat, wie der jetzige polnische Staat.

Von ausschlaggebender Bedeutung ist die Stellung, die in dem Export Polens die Kohle einnimmt. Wenn früher England das größte Kohlen-Ausfuhrland gewesen ist, so hat nunmehr Polen seine Rolle übernommen. Es konnte das aber auch nur, weil es in dem deutschen Gebiet östlich der Oder-Neiße-Linie die industriellen Anlagen in Verwaltung genommen hat. So haben die Gruben Schlesiens mit ihrer Förderung den Vorkriegsstand erreicht. Im Gegensatz dazu liegt die Landwirtschaft im ehemaligen deutschen Osten unter der heutigen polnischen Verwaltung vollständig darnieder. Das ehemalige deutsche Ostgebiet, das die Provinzen Schlesien, Hinterpommern mit Stettin, fast ganz Ostpreußen außer Königsberg und große Teile Brandenburgs umfaßt, hat aber den wertvollsten Kartoffel- und Roggenboden. Polen war jedoch nicht in der Lage, dieses ihm verwaltungsmäßig übergebene Land, das mit einem Flächeninhalt von 150 000 qkm dreimal so groß wie die französische Zone und größer als die britische Zone ist, richtig zu bestellen. Auf der Moskauer Konferenz ist daher bereits die Frage geprüft worden, ob und inwieweit die polnische Verwaltung bestehen bleiben soll.

Die jetzigen Leiter des polnischen Staates haben sich im Einvernehmen mit Sowjet-Rußland darauf eingestellt, das deutsche Ostgebiet als integrierten Bestandteil Polens anzusehen. Die verantwortlichen Staatsmänner Englands und Amerikas sehen jedoch darin noch keine endgültige Lösung, der sie ihre Zustimmung erteilen könnten. Maßgebend bei Beurteilung dieses ganzen Problems dürfte aber sein, daß man es in dem Rahmen der gesamten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse des neuen Polens betrachtet. Daß dem polnischen Staat, der heute nur mehr knapp 34 Millionen Einwohner gegenüber früher 35 Millionen zählt, die Kräfte zur Besiedlung des ehemaligen deutschen Ostgebietes fehlen, ist wohl unabweisbar festgestellt. Soll aber nun diese frühere Korn- und Karroffelkammer Deutschlands bei der großen Ernährungsnot ganz Europas agrarwirtschaftlich nicht genügend ausgenutzt werden!

Die Ambitionen des jetzigen Polens liegen, wie nochmals hervorgehoben sei, nicht auf dem landwirtschaftlichen, sondern auf dem industriellen Sektor seiner Wirtschaft. So sieht denn auch der Dreijahresplan der polnischen Regierung eine weitere Hebung der Kohlenproduktion vor. Der Anteil der Kohle an der Ausfuhr Polens soll im Jahre 1949 auf 75 Prozent gesteigert werden. Zu diesem Zwecke sind Handelsverträge mit Skandinavien, Südosteuropa, Frankreich und mit der Schweiz abgeschlossen worden, mit Ländern, die ihrerseits für ihre Wirtschaft Kohle dringend benötigen. Polen wird sich zu entscheiden haben, ob es wieder agrarisches Überschussland werden oder Export-Staat für industrielle Produkte bleiben will. —

# Todeserklärung wegen Verschollenheit

### Das Verfahren auch auf verschollene Soldaten anwendbar

Für die Frage, unter welchen Voraussetzungen man Familienangehörige für tot erklären oder ihren Tod durch gerichtlichen Entscheid feststellen lassen kann, bietet das „Gesetz über die Verschollenheit, die Todeserklärung und die Feststellung der Todeszeit“ vom 4. Juli 1939 (RGBl. I, Seite 1189) die rechtliche Grundlage. Dabei sind zwei Fälle zu unterscheiden. Erstens die Feststellung der Tatsache und des Zeitpunktes des Todes bei solchen Personen, deren Tod festgestellt ist; zweitens die Todeserklärung, kann eine gerichtliche Entscheidung über die Tatsache und den genauen Zeitpunkt des Todes herbeigeführt werden, wenn eine Eintragung im Sterberegister fehlt.

Bei Personen dagegen, die verschollen sind und von denen man nicht weiß, ob sie noch leben, ist folgendes zu beachten: Verschollene sind solche Personen, deren Aufenthalt während längerer Zeit unbekannt ist, ohne daß die Angehörigen Nachricht haben, ob der Betreffende lebt oder gestorben ist. Außerdem muß hinzukommen, daß den Umständen nach ernstliche Zweifel am Fortleben des Verschollenen begründet sind. Erst wenn diese drei Voraussetzungen zutreffen, kann der Verschollene mit Hilfe eines Aufgebotsverfahrens durch das Gericht für tot erklärt werden.

Das Gesetz teilt die Verschollenen in fünf Klassen ein, nämlich:

nach den Umständen ernstliche Zweifel an ihrem Fortleben begründet sind. Wenn zum Beispiel die Möglichkeit besteht, daß der Soldat in Kriegsgefangenschaft geraten ist, so sind den Umständen nach — trotz unbekanntem Aufenthalts und trotz fehlender Nachrichten — ernstliche Zweifel am Fortleben nicht begründet.

Die Todeserklärung kann, wenn die für den Antrag erforderlichen Tatsachen glaubhaft gemacht werden können, beim Amtsgericht des letzten inländischen Wohnsitzes des Verschollenen beantragt werden. Liegt dieser letzte Wohnsitz, etwa in den geräumten Ostgebieten, so ist das Amtsgericht Berlin, Mitte, zuständig. Antragsberechtigt sind ferner der Staatsanwalt, 2. der gesetzliche Vertreter des Verschollenen, zum Beispiel bei minderjährigen Kindern der Vater, 3. der Ehegatte, eheliche Kinder und die Eltern des Verschollenen, 4. jede Person, die ein rechtliches Interesse an der Todeserklärung hat, zum Beispiel jemand, der für den Fall der Todeserklärung gesetzlicher Erbe des Verschollenen sein würde.

Da die Todeserklärung Verschollener familienrechtlich und erbrechtlich schwerwiegende Folgen hat, sollte sich ein jeder, der einen solchen Antrag beim Gericht zu stellen beabsichtigt, über die Rechtsfolgen vorher Gewißheit verschaffen.

# Die Gesellenbruderschaften

### VORLÄUFER DER GEWERKSCHAFTEN

Die Gewerkschaften sind der Zusammenschluß von Arbeitnehmern zur Wahrung ihrer Interessen. Ihre Entwicklung reicht weit zurück. Bereits im 14. Jahrhundert hören wir in der Geschichte von Gesellenbruderschaften, von Organisationen, die sich die Zunftgesellen schufen, weil ihnen die Zunftstrafen zu eng wurden. Der Geselle konnte nur unter schwierigsten Bedingungen — wenn er nicht Meistersohn war oder eine Meisterstochter freite — die Würde eines Zunftmeisters erringen. Die Zünfte, Gilden, Ämter und Innungen hatten das Bestreben, die Meisterstellung zu monopolisieren. Sie schufen damit einen Gegensatz zwischen Meister und Gesellen.

Man kann sich vorstellen, daß die Gesellen oder Knechte, wie sie genannt wurden, in ihren Zunftstrafen über die Verhältnisse sprachen. Wandernde Gesellen trugen Erfahrungen und Ratschläge von Ort zu Ort. Und für die damals schon bestehende Solidarität der Gesellen ist es bezeichnend, daß die Gesellenbruderschaften fast überall gleichzeitig und mit den gleichen Zielen gegründet wurden und auch eine gleiche Entwicklung nahmen. Aus dem gemeinsamen Gefühl der Bedrückung heraus wuchs die Solidarität, das Wissen von der Macht des Zusammenschlusses, der Koalition.

Anfangs waren die Bruderschaften vorwiegend religiöse Vereinigungen, die ihren Schutzpatron verehrten, gemeinsam an den Prozessionen teilnahmen, etwas später sorgten sie für würdige Bestattungen ihrer Verstorbenen, schufen Unterstützungsrichtungen und bedachten erbbare durchreisende Handwerksgehlen mit einem Wandergeschenk. Und dieses Wandergeschenk war das erste sozialpolitische Kampfmittel der Arbeitnehmerschaft. Mit ihm konnte im Interesse der heimischen Brüder erreicht werden, daß der fremde Geselle nicht am Ort blieb und die Stadt wieder verließ. So konnten die Werkstätten einzelner Meister in Verfall erklärt werden. Sie bekamen gewissermaßen Arbeitssperre. Dadurch war in die Gesellenbruderschaften der Kampfcharakter bereits hineingetragen worden. Bis zum Aufstehen der Gesellen, dem Streik, war es von da an nicht mehr weit. Und so hören wir, daß die Gürtelgesellen in Breslau 1329 ein Jahr lang in den Zustand traten. Das ist der erste Streik, von dem wir wissen.

Doch auch von dem längsten Streik hören wir bereits im 14. Jahrhundert. Von 1351 bis 1362 — elf Jahre lang — streikten die Weberknechte in Speyer um eine Lohnerhöhung, bis sich die Meister ihrem Verlangen beugten.

Aber wie eine echte Arbeiterbewegung nicht nur des Lohnes wegen kämpft, so sehen wir das auch bei den Bruderschaften. Als man 1495 den Kolmarer Bäckerknechten streitig machen wollte, das Allerheiligste in der Fronleichnamprozession zu begleiten, da verließen sie einfach die Stadt. Zehn

Jahre lang dauerte der von allen oberherrlichen Genossen unterstützte Widerstand und endete mit einem vollkommenen Sieg. Alle innerhalb der zehn Jahre ausgesprochenen Strafen, selbst von höchsten Gerichten, mußten von der Zunft den Gesellen ersetzt werden. Sie bekamen wieder ihren Ehrenplatz bei der Fronleichnamprozession. Dieser Streik galt also dem Abschlagen eines Angriffes auf die Standeshöhe. Auch in der jüngeren Arbeiterbewegung finden wir Beispiele genug, wie sich die modernen Gewerkschaften des Berufsansehens annehmen. Ihre Bildungsbestrebungen liegen auf der gleichen Linie.

Von schwarzen Listen hören wir auch schon aus der Frühzeit der Bewegung. Der Rat der Stadt Augsburg ließ im Streik der Schuhmacherknechte von 1724 bis 1726 eine Liste aufständischer Gesellen drucken und warnte damit vor deren anderweitigen Einstellung. Es ist ja auch kein Wunder, daß die herrschenden Schichten seinerzeit einer Entwicklung der Bruderschaften mißtrauten, wie hier kurz skizziert. Das Recht zum Zusammenschluß wurde den Zünften ohne weiteres gewährt, den Gesellen aber nicht. Strafen und Verbote hagelten. Sie gegen Verschlechterungen zu wehren oder möglichst gute Arbeitsbedingungen zu bekommen, das ist aber ein Naturrecht, und so sehen wir immer wieder das Zustandekommen neuer Bruderschaften und Verbindungen der Gesellen. Formen und Wege wechselten, bis am 27. September 1868 in Berlin Fritzsche mit Schweizer einen Arbeiterkongress eröffnen konnten, auf dem 206 Delegierte 142 000 Arbeitnehmer vertraten. Sie sprachen sich für die Vereinigung der Arbeiterschaft in zentralisierten Gewerkschaften aus. Damit schlug die Geburtsstunde der modernen Gewerkschaftsbewegung. Die Koalitionsverbote wurden 1869 mit Einführung der Gewerbeordnung aufgehoben. Die bald folgenden Kriegs- und Gründerjahre versetzten den Gewerkschaften schwere Schläge. Nahezu vernichtet wurden sie während der Zeit des „Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ (1878 bis 1890). Aber sie ließen sich nicht ganz zerschlagen, und nach dem Fall des Gesetzes begann ein Aufstieg, der allerdings vor allem in Preußen und Sachsen durch schikanöse Polizeimaßnahmen möglichst schwer gemacht wurde. Hinzu kam der Bruderkampf zwischen den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen. Nach kurzer Blütezeit, die die Republik den Gewerkschaften bot, wurden sie von den Nationalsozialisten zerschlagen. Heute aber erhofft die Welt gerade von der neuerstandenen Gewerkschaftsbewegung den Aufbau eines friedlichen Deutschlands. Niemals hat die Arbeiterklasse Interesse an einem Krieg gehabt. Sie trug zu allen Zeiten die Blutopfer und die finanziellen Kosten des Völkermordes.

# Christliche Aerzte für § 218

Gegen die von den Linksparteien gewünschte Aufhebung des § 218 (Abtreibung der Leibesfrucht strafbar) nahm Dr. Ernst Facht, Karlsruhe in einem Vortrag über das Thema „Der christliche Arzt und das kermende Leben“ auf dem Religionsgemeinschaftlichen Ärztekongress Stellung, der in Bad Mergentheim stattfand. Sollte man, wie vielfach gefordert wurde, den § 218 infolge schlechter sozialer Verhältnisse aufheben, so würden zwei Drittel der Kinder nicht mehr geboren werden. Der Redner bezeichnete die Aufhebung des § 218 als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

# Bau eines Atomkraftwerkes in Schweden

Der jüngst gebildete Atomenergieausschuß der schwedischen Regierung hat die Gründung einer Gesellschaft mit einem Kapital von 3,5 Millionen Kronen zur Durchführung von Forschungsarbeiten auf dem Gebiete der Atomenergie und zum Bau eines Atomkraftwerkes vorgeschlagen. Dieser Antrag wird im kommenden Monat dem Parlament zur Ratifizierung vorgelegt werden.